

Akteneinsicht

§ 299 ZPO



Beachtung der Datenschutzbestimmungen

wer: **Verfahrensbeteiligte**

Dritte müssen ein rechtliches Interesse glaubhaft machen



Entscheidung durch Behördenleitung, § 299 II ZPO

Akteneinsicht

wie



Passwort



PDF-Datei

Akteneinsicht	Umfang
---------------	--------

Umfang

Termin	
Landgericht Berlin Amtsgericht	
Beiheft betreffend Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe Kostenheft	
In Sachen	Kläger(in) Glaubiger(in) Antragsteller(in) Prozessbevollmächtigter(y) Verfahrensbevollmächtigter(y)
☐ Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe mit - ohne Zahlungsbestimmung bewilligt Bf. HA, Bl. UA gegen	Beklagte(r) Schuldner(in) Antragsgegner(in) Prozessbevollmächtigter(y) Verfahrensbevollmächtigter(y)
☐ Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe mit - ohne Zahlungsbestimmung bewilligt Bf. HA, Bl. UA	
Strafsache gegen	Verteidiger Best., Besondere, Stm. Bf. HA
☐ Privatklage ☐ Widerkl. ☐ Nebenkl. ☐ Verletztener (§ 406 g SPO)	
☐ Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe mit - ohne Zahlungsbestimmung bewilligt Bf. HA	

nicht alle Teile
der Akten
unterliegen der
Akteneinsicht

[illegible]

Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe, §§ 114 ff. ZPO



aus persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage:

- * Prozess zu führen
- * Rechtsverteidigung

Prozesskostenhilfe

Antrag



Erklärung



Belege

§ 117 II ZPO

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe – Belege sind in Kopie durchnummeriert beizufügen –

A Angaben zu Ihrer Person				
Name, Vorname, ggf. Geburtsname	Beruf, Erwerbstätigkeit	Geburtsdatum	Familienstand	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)		Tagsüber tel. erreichbar unter Nummer		
Sofern vorhanden: Gesetzlicher Vertreter (Name, Vorname, Anschrift, Telefon)				
B Rechtsschutzversicherung/Mitgliedschaft				
1. Trägt eine Rechtsschutzversicherung oder eine andere Stelle/Person (z. B. Gewerkschaft, Mieterverein, Sozialverband) die Kosten Ihrer Prozess- oder Verfahrensführung?				Beleg Nummer
☐ Nein ☐ Ja: In welcher Höhe? Wenn die Kosten in voller Höhe von einer Versicherung oder anderen Stelle/Person getragen werden, ist die Bewältigung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe nicht möglich und damit die Beantwortung der weiteren Fragen nicht erforderlich.				
2. Wenn nein: Besteht eine Rechtsschutzversicherung oder die Mitgliedschaft in einem Verein/einer Organisation (z. B. Gewerkschaft, Mieterverein, Sozialverband), der/die die Kosten der besichtigten Prozess- oder Verfahrensführung tragen oder einen Prozessbevollmächtigten stellen könnte?				Beleg Nummer
☐ Nein ☐ Ja: Bezeichnung der Versicherung/des Vereins/der Organisation. Klären Sie möglichst vorab, ob die Kosten getragen werden. Bereits vorhandene Belege über eine (Teil-)Ablehnung seitens der Versicherung/des Vereins/der Organisation fügen Sie dem Antrag bei.				
C Unterhaltsanspruch gegenüber anderen Personen				
Haben Sie Angehörige, die Ihnen gegenüber gesetzlich zur Leistung von Unterhalt verpflichtet sind (auch wenn tatsächlich keine Leistungen erfolgen)? z. B. Mutter, Vater, Ehegatte/Ehegattin, eingetragene(r) Lebenspartner/Lebenspartnerin				Beleg Nummer
☐ Nein ☐ Ja: Name des Unterhaltsverpflichteten. Bitte geben Sie auf einem weiteren Exemplar dieses Formulars seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse an, sofern diese nicht bereits vollständig aus den folgenden Abschnitten ersichtlich sind.				
D Angehörige, denen Sie Bar- oder Naturalunterhalt gewähren				
Name, Vorname, Anschrift (sofern sie von Ihrer Anschrift abweicht)	Geburtsdatum	Verhältnis (z. B. Ehegatte, Kind, Mutter)	Monatsbetrag in EUR, soweit Sie den Unterhalt nur durch Zahlung gewähren	Haben diese Angehörigen eigene Einnahmen? z. B. Ausbildungsvergütung, Unterhaltszahlung vom anderen Elternteil usw.
1			☐ Nein ☐ Ja: mtl. EUR netto	
2			☐ Nein ☐ Ja: mtl. EUR netto	
3			☐ Nein ☐ Ja: mtl. EUR netto	
4			☐ Nein ☐ Ja: mtl. EUR netto	
5			☐ Nein ☐ Ja: mtl. EUR netto	

H Wohnkosten Belege sind in Kopie beizufügen (z. B. Mietvertrag, Heizkostenabrechnung, Kontoauszüge)				Beleg Nummer
1. Gesamtgröße des Wohnraums, den Sie allein oder gemeinsam mit anderen Personen bewohnen: (Angabe in Quadratmeter)				
2. Zahl der Zimmer:		3. Anzahl der Personen, die den Wohnraum insgesamt bewohnen:		
4. Nutzen Sie den Raum als Mieter oder in einem ähnlichen Nutzungsverhältnis? Wenn ja, bitte die nachfolgenden Angaben in EUR pro Monat ergänzen				☐ Nein ☐ Ja
Miete ohne Nebenkosten	Heizungskosten	Übrige Nebenkosten	Gesamtbetrag	Ich allein zahle davon
5. Nutzen Sie den Raum als Eigentümer, Miteigentümer oder Erbbauberechtigter? Wenn ja, bitte die nachfolgenden Angaben in EUR pro Monat ergänzen				☐ Nein ☐ Ja
Zinsen und Tilgung	Heizungskosten	Übrige Nebenkosten	Gesamtbetrag	Ich allein zahle davon
6. Genaue Einzelangaben zu der Belastung aus Fremdmitteln bei Nutzung als (Mit-)Eigentümer usw. z. B. Datum des Darlehensvertrages, Darlehensnehmer, Kreditinstitut, Darlehensrate pro Monat, Zahlungen laufen bis ...				Beleg Nummer
			Restschuld in EUR	Zinsen und Tilgung mtl.
			Restschuld in EUR	Zinsen und Tilgung mtl.
I Sonstige Zahlungsverpflichtungen Angabe, an wen, wofür, seit wann und bis wann die Zahlungen geleistet werden z. B. Ratenkredit der ... Bank vom ... für ..., Raten laufen bis ... / Belege (z. B. Darlehensvertrag, Zahlungsnachweise) sind in Kopie beizufügen				
			Restschuld in EUR	Gesamtbelastung mtl.
			Restschuld in EUR	Gesamtbelastung mtl.
			Restschuld in EUR	Gesamtbelastung mtl.
J Besondere Belastungen Angaben sind zu belegen, z. B. Mehrausgaben für körperbehinderten Angehörigen und Angabe des GdB/Mehrbedarfe gemäß § 21 SGB II und § 30 SGB XII				
				Ich allein zahle davon
				Ich allein zahle davon

K Ich versichere hiermit, dass meine Angaben vollständig und wahr sind. Das Hinweisblatt zu diesem Formular habe ich erhalten und gelesen.

Mir ist bekannt, dass unvollständige oder unrichtige Angaben die Aufhebung der Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe und eine Strafverfolgung nach sich ziehen können. Das Gericht kann mich auffordern, fehlende Belege nachzureichen und meine Angaben an Eides statt zu versichern.

Mir ist auch bekannt, dass ich während des Gerichtsverfahrens und innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren seit der rechtskräftigen Entscheidung oder der sonstigen Beendigung des Verfahrens verpflichtet bin, dem Gericht wesentliche Verbesserungen meiner wirtschaftlichen Lage oder eine Änderung meiner Anschrift unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen. Bei laufenden Einkünften ist jede nicht nur einmalige Verbesserung von mehr als 100 Euro (brutto) im Monat mitzuteilen. Reduzieren sich geltend gemachte Abzüge, muss ich dies ebenfalls unaufgefordert und unverzüglich mitteilen, wenn die Entlastung nicht nur einmalig 100 Euro im Monat übersteigt. Ich weiß, dass die Bewilligung der Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bei einem Verstoß gegen diese Pflicht aufgehoben werden kann.

Prozesskostenhilfe



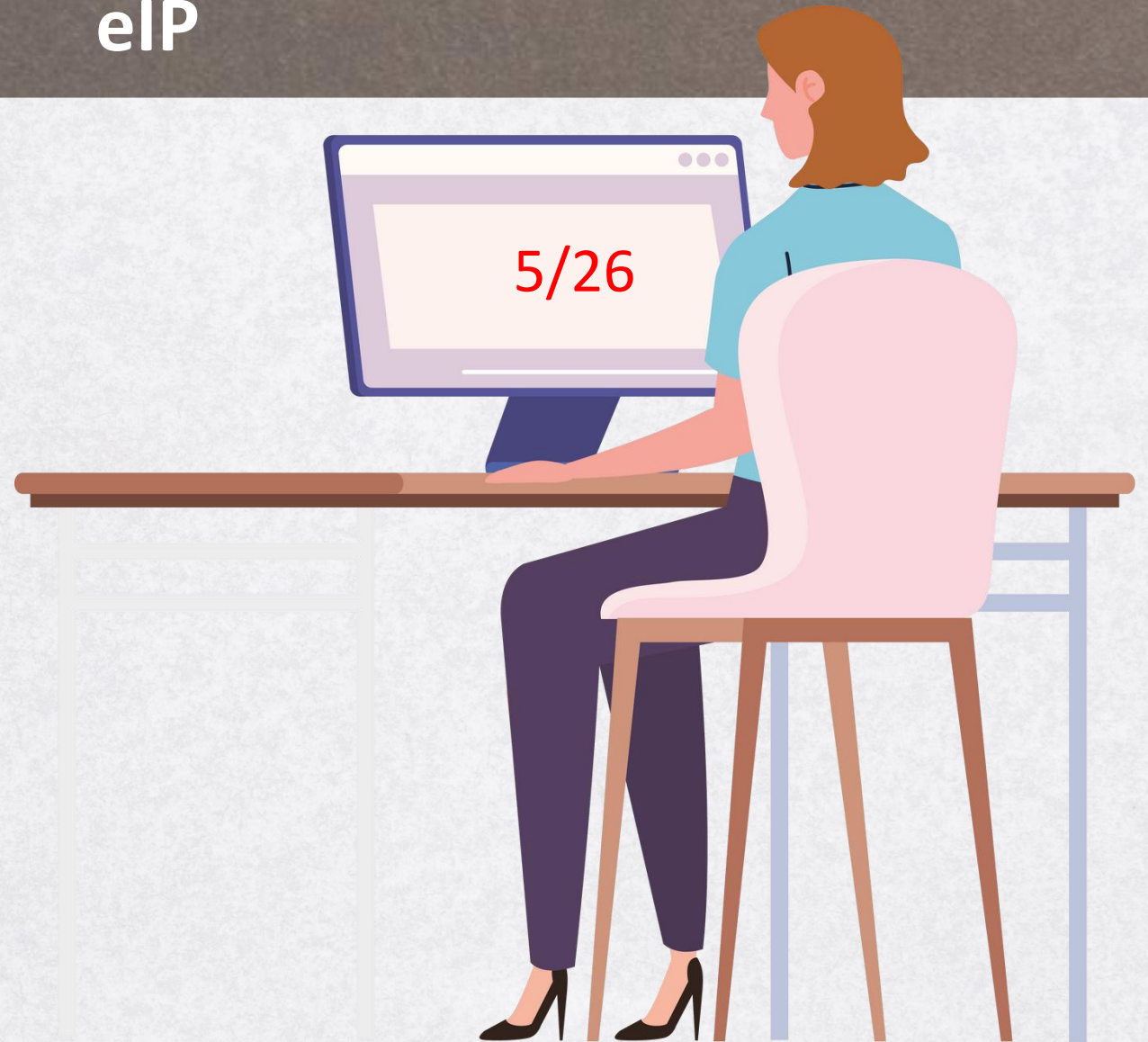
Prüfung der Bedürftigkeit auf
Grundlage des § 115 ZPO
sowie
der Erfolgsaussichten

PKH-Entscheidung erfolgt für jede Instanz
besonders, § 119 I S. 1 ZPO

in einer höheren Instanz wird - wenn d. Gegner/in
das Rechtsmittel eingelegt hat -
nicht geprüft, ob das Begehren d. Antragsteller/in
aussichtsreich und nicht mutwillig ist, § 119 I S. 2
ZPO

eIP

Eingang:
PKH-Antrag



beglaubigte
Abschrift
des Antrags

ohne
Erklärung
und Belege



Antragsgegner
zur möglichen
Stellungnahme

Prozesskostenhilfe

```
graph TD; PKH[Prozesskostenhilfe] --> PKH_ohne_Raten[PKH ohne Raten]; PKH --> PKH_mit_Einmalzahlung[PKH mit Einmalzahlung]; PKH --> PKH_mit_Raten[PKH mit Raten]; PKH --> teilweise_PKH[teilweise PKH]; PKH --> Ablehnung_PKH[Ablehnung der PKH]; PKH_mit_Raten -.-> max_48_Raten[max. 48 Raten];
```

The diagram is a flowchart starting with a dark brown header box labeled 'Prozesskostenhilfe'. From the bottom center of this header, five arrows point downwards to five separate dark green rounded rectangular boxes. The boxes are arranged as follows: 'PKH ohne Raten' (top left), 'teilweise PKH' (top right), 'PKH mit Einmalzahlung' (middle left), 'Ablehnung der PKH' (middle right), and 'PKH mit Raten' (bottom center). A dashed arrow points from the left side of the 'PKH mit Raten' box to the text 'max. 48 Raten'.

PKH ohne Raten

teilweise PKH

PKH mit Einmalzahlung

Ablehnung der PKH

max.
48 Raten

PKH mit Raten

Prozesskostenhilfe

Beiordnung

AG

LG, OLG (KG), BGH

auf Antrag

von Amts
wegen

wenn eine Vertretung
erforderlich erscheint oder
der Gegner vertreten ist



§ 121 I + II ZPO

Prozesskostenhilfe

Übersendung des Beschlusses

Amtsgericht Schulungsstadt

Az.: _____ C 5/ _____



Beschluss

In dem Rechtsstreit

1) **Kai Gronwald**, Bundesallee 1, 10719 Berlin
- Kläger u. Widerbeklagter -

2) **Pia Schmitz**, Bundesallee 1, 10719 Berlin
- Klägerin u. Widerbeklagte -

Prozessbevollmächtigter zu 1 und 2:
Rechtsanwalt **Andreas Stephan Hermann**, Willmannsdamm 10, 10827 Berlin, Gz.: 1616

gegen

Uwe Müller, Martin-Luther-Straße 1, 10777 Berlin
- Beklagter u. Widerkläger -

Prozessbevollmächtigter:
Rechtsanwalt **Helmut Niggemann**, Friesenstraße 1, 10965 Berlin, Gz.: ppp

hier: Prozesskostenhilfe

hat das Amtsgericht Schulungsstadt durch den Richter am Amtsgericht Richter Schulungsstadt
am xx.xx.20xx beschlossen:

Dem Beklagten wird für den ersten Rechtszug mit Wirkung ab Antragstellung

Prozesskostenhilfe

bewilligt (§§ 114, 119 Abs. 1 ZPO).

Rechtsanwalt Helmut Niggemann wird als Prozessbevollmächtigter zu den Bedingungen eines in
dem Bezirk des Prozessgerichts niedergelassenen Rechtsanwalts beigeordnet (§§ 121 Abs. 2,
121 Abs. 3 ZPO).

PKH-Entscheidung
entspricht **nicht** dem
Willen des Antragstellers

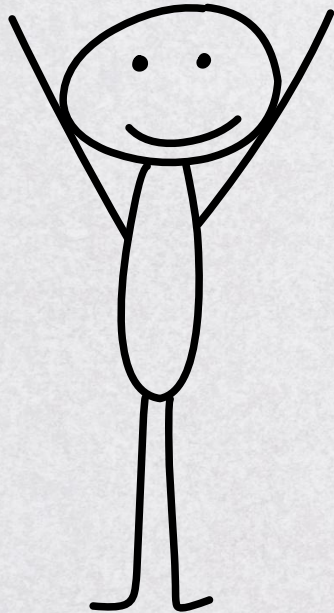


Beschluss **förmlich**
an **Antragsteller/Vertreter**

Prozesskostenhilfe

sofortige Beschwerde

§§ 567, 569,
127 II ZPO



1 Monat

ab Zustellung des
PKH-Beschlusses

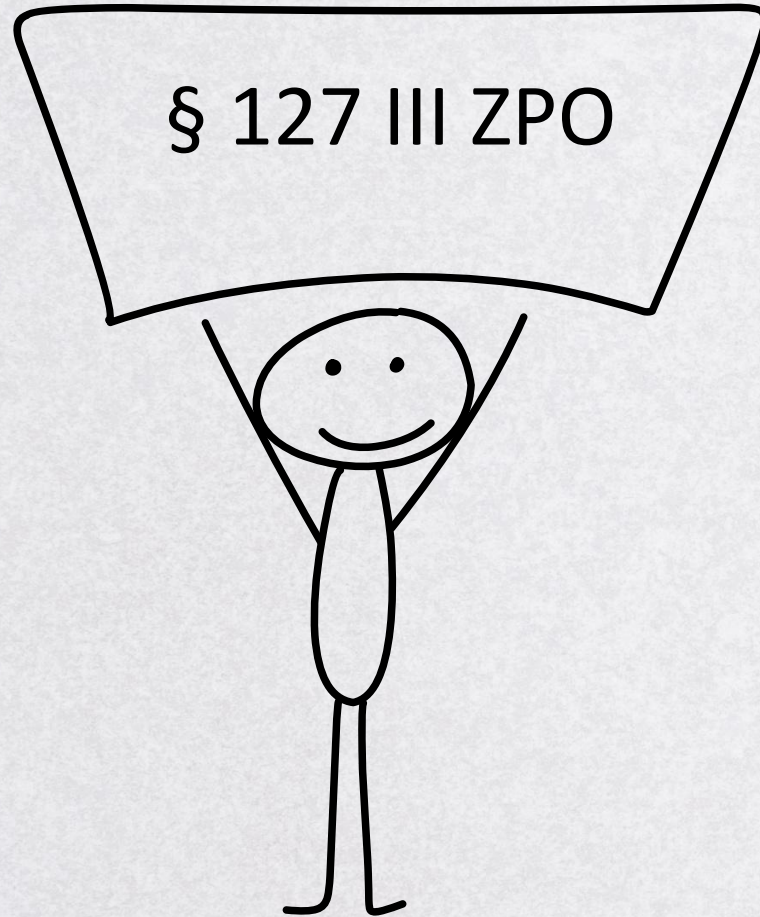
Notfrist

Einreichung:

- * bei dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird
- oder
- * bei der Beschwerdeinstanz

Prozesskostenhilfe

sofortige Beschwerde



Entscheidung:
PKH ohne Raten

Nur Staatskasse

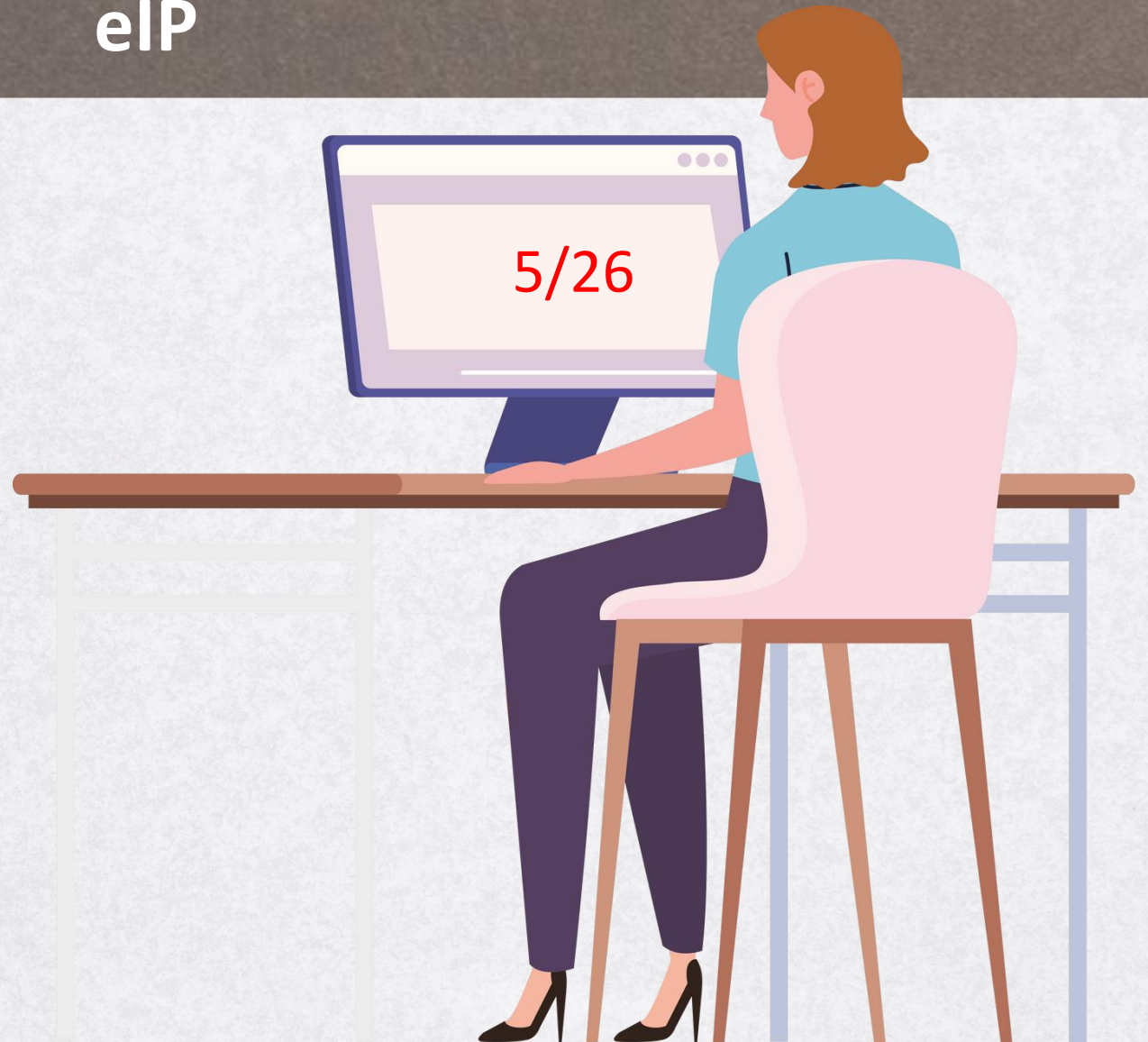
sofortige Beschwerde

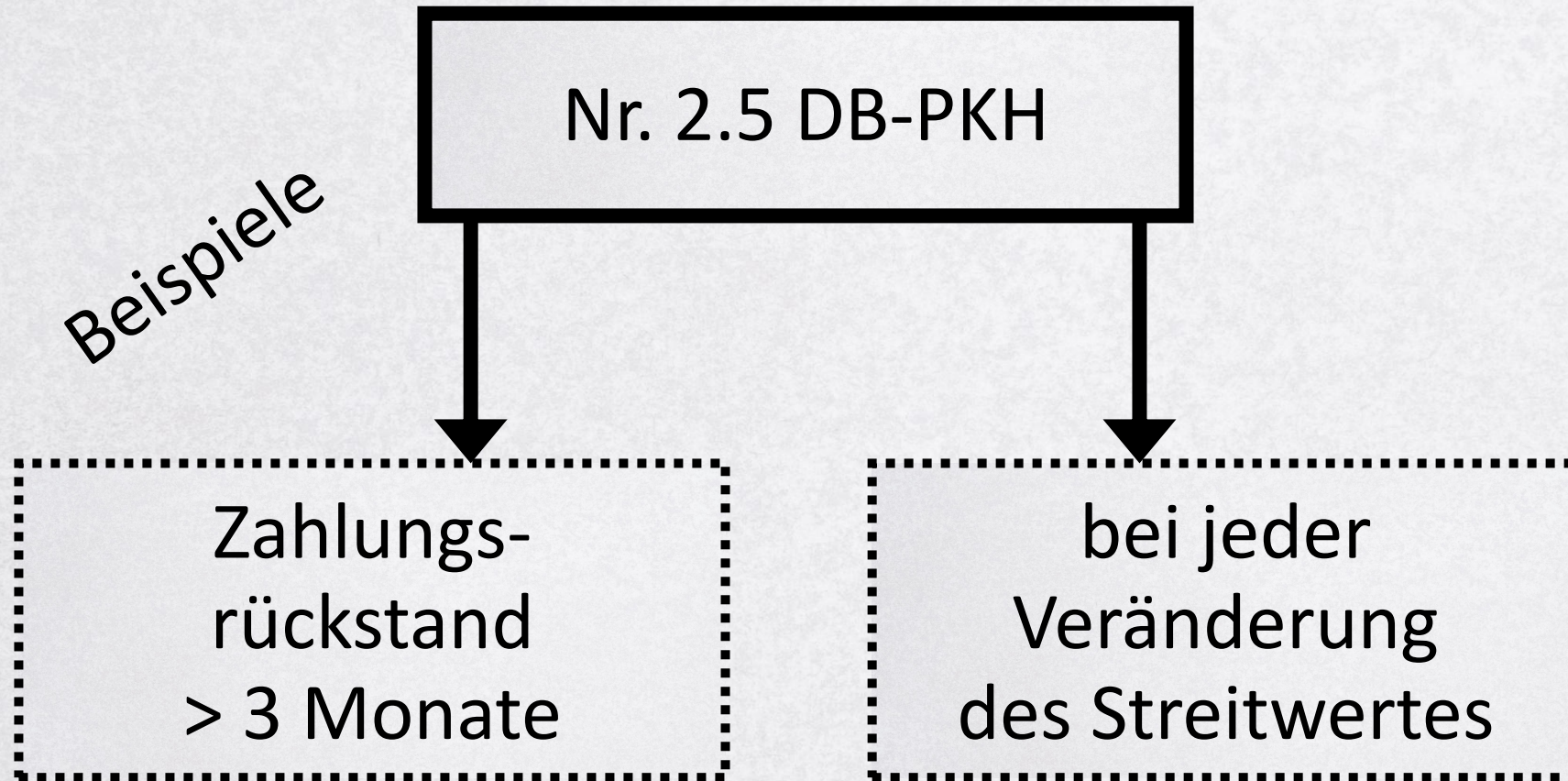
eIP

Aktenbock



Aufgabe mit
Doppelklick öffnen





- * die Landeskasse kann ggf. die Gerichtskosten und Ansprüche der beigeordneten RAe gegen die Partei geltend machen
- * Partei ist von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Prozesskosten befreit
- * beigeordnete RAe selbst können Ansprüche auf Vergütung gegen die Partei nicht geltend machen

Beispiele

§ 124 ZPO

Zahlungsrückstand
> 3 Monate

Partei hat durch unrichtige
Darstellung des Streitverhältnisses
die PKH-Voraussetzungen
vorgetäuscht